

Die „Bürgerbewegung Pro Köln“

Faschistische Wölfe im Schafspelz

Die im Stadtrat vertretene Gruppe „Pro Köln“ nennt sich „Bürgerbewegung“ und behauptet, mit Nazis und Rassisten nichts zu tun zu haben. Doch am Ende sind es immer die Ausländer oder die Muslime, die laut „Pro Köln“ Schuld sind an der Bildungskrise, der Kriminalität, dem sozialen Niedergang usw.

Haben wir was verpasst? Haben in den letzten Jahren die Ausländer die Bundes- und Landesregierungen gestellt und Hartz IV eingeführt? Haben etwa Muslime in den Chefetagen der Telekom, der Bahn, von Siemens und Nokia gesessen und uns abgezockt?

Trotz aller „demokratischen“ Mäntelchen, die „Pro Köln“ sich übergeworfen hat: sie verfolgen eine klassische faschistische und rassistische Strategie, sie wollen die Menschen entlang nationaler und religiöser Linien gegeneinander aufhetzen.



Claus Ludwig, Mitglied im Rat der Stadt Köln
FRAKTION DIE LINKE./GEMEINSAM GEGEN SOZIALRAUB

DIE LINKE. KÖLN

Bis 2003 hat „ProKöln“ mit offenen Nazis wie der NPD oder den „Kameradschaften“ zusammengearbeitet. Die von „Pro Köln“ veranstalteten Aufmärsche waren von den Stiefel-Nazis geprägt. Mit Beginn des Kommunalwahlkampfes wurde die Taktik geändert: eine demokratische Tarnung war für Beisicht, Rouhs und Co. wichtiger als die Aufmärsche.

[weiter auf Seite 2 >>](#)

Biedermanni und die Brandstifter

Manfred „Biedermanni“ Rouhs

Geschäftsführer der rechten Ratsfraktion. Ende der 80er Jahre NRW-Landesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation JN. Übertritt zu den REP, Mitglied im Rat der Stadt Köln. Austritt aus den REP und Aufbau der „Deutschen Liga“, als Versuch, Rechtspopulisten und offene Nazis zu einen. Hauptredner auf den rechten Aufmärschen 2000-2003, unter anderem zusammen mit „Kameradschaftern“ und NPDlern.

Markus Beisicht

Anwalt, Vorsitzender von „Pro Köln“. Zusammen mit Rouhs zentrale Figur der „Deutschen Liga“ Anfang der 90er Jahre. Trat bei Prozessen als Verteidiger von Angehörigen der rechten Szene auf. Gab im Sommer 2007 der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ ein Interview, in dem er durchblicken ließ, dass man zwar unterschiedliche Taktiken habe, aber die inhaltlichen Unterschiede nicht so groß seien. Fordert den „Aufstand gegen die Islamisierung!“

Judith Wolter

Fraktionsvorsitzende im Kölner Rat. Versicherte der NPD über ein Interview in deren Zeitung „Deutsche Stimme“ 2003: „Wir bemühen uns stets um ein gutes Verhältnis zu anderen nationalen Organisationen und um konstruktive Zusammenarbeit.“

Büro MdR Ludwig
Stephathstr. 11, 51103 Köln
E-Mail: claus.ludwig@gmail.com

Internet:
www.gemeinsam-gegen-sozialraub.de
www.die-linke-koeln.de
www.sozialismus.info

„ProKöln“ versucht sich seit 2004 über die Arbeit im Stadtrat als „patriotische Opposition“, als „non-konforme Bürgerbewegung“ darzustellen.

Andere Taktik, selbes Ziel – die Aktivitäten von „ProKöln“ in den Stadtteilen und im Stadtrat laufen letztendlich auf eines hinaus: die Ausländer bzw. die „Masseneinwanderung“ seien verantwortlich für fehlende Arbeitsplätze, Kriminalität und Sozialkürzungen.

„ProKöln“ ist flexibel: wenn sie gerade meinen, offener Rassismus würde nicht so gut ankommen, dann kleiden sie ihre ausländerfeindlichen Thesen in das Gewand des „Anti-Islamismus“.

NPD, „Kameradschaften“, „ProKöln“ - sie haben unterschiedliche Taktiken. Die einen greifen zur offenen Gewalt, zum Terror gegen Nicht-Deutsche und Andersdenkende, die anderen verbreiten „nur“ rassistische Ideen. Ihr Ziel ist das Gleiche: die Gesellschaft soll entlang nationaler, ethnischer und religiöser Linien gespalten werden. Sie wollen den Hass in die Veedel tragen, die Bevölkerung gegeneinander aufhetzen.

Die anhaltende Propaganda von „ProKöln“ bereitet den Boden für gewaltsame Übergriffe auf Migranten und politische Gegner. Ob „ProKöln“ selbst sich später taktisch umstellt und die Nazi-Schläger in ihre Reihen aufnimmt, ob oder das andere Gruppen arbeitsteilig erledigen oder „ProKöln“ von anderen Kräften verdrängt wird, wenn sich die Rechten radikalisieren, ist offen.

Soziale Demagogie

„Pro Köln“ stellt sich als Opposition gegen das Establishment dar. Im Stadtrat stimmen die Rechten sogar Anträgen der Fraktion DIE LINKE. gegen sozialen Kahlschlag und Privatisierung zu.

Das ist nicht neu. Auch Hitler und die NSDAP haben soziale Demagogie benutzt, um Sympathien bei Arbeitslosen und Armen zu gewinnen. Nichts liegt den Nazis jedoch ferner als die Arbeitslosen und Arbeitnehmer dabei zu unterstützen, für ihre sozialen Interessen zu kämpfen. Sie wollen stattdessen die Unzufriedenheit auf Sündenböcke und damit von den eigentlichen Ursachen ablenken, je nach Gelegenheit gegen Muslime, Roma, jugendliche Migranten usw.

„Pro Köln“ ist nicht gegen das Establishment, die NPD ist nicht „antikapitalistisch“ und die „Kameradschaften“ sind schon gar nicht sozialistisch. Im Gegenteil, ihre rassistische Ideologie des Kampfes der Völker und Kulturen gegeneinander ist die aggressivste und extremste Form kapitalistischer Konkurrenz.

Wenn die Rechten stärker werden und die Spaltung der Arbeitnehmer, der Arbeitslosen und der Jugend entlang nationaler Linien verstärken, wird der Widerstand gegen sozialen Kahlschlag und Lohndumping geschwächt.

Die Faschisten gebärden sich seit jeher als Vertreter des „Mittelstandes“, der kleinen Handwerker und Unternehmer, als Kritiker der großen Konzerne und Banken. Doch alle faschistischen Regime in der Geschichte waren die Vollstrecker der Profitinteressen gerade der Großkapitalisten, die sie durch Vernichtung der politischen Gegner im Inneren und durch Krieg nach Außen durchzusetzen versuchten.

Alternative

„Pro Köln“ hat das Jahr 2008 für die Vorbereitung des Kommunalwahlkampfes auserkoren. Mit einer „europäischen Anti-Islam-Konferenz“ in Köln soll die Auseinandersetzung zugespitzt werden. Dagegen gilt es verstärkt Widerstand zu leisten.

Der erste Schritt ist, den rechten Wölfen den demokratischen Schafspelz herunterzureißen und allen, die es bisher noch nicht wissen zu zeigen, dass es sich bei „Pro Köln“ um eine Variante von Rassisten und Faschisten handelt. Das allein wird jedoch nicht ausreichen, den Rechten ihre Basis zu entziehen. Dass die NPD eine Nazi-Partei wissen alle, trotzdem verfügt sie über Unterstützung bei Teilen der Jugend.

Viele Menschen sind zu Recht wütend und enttäuscht über die soziale Katastrophe, über Armut und Lohndumping und die düsteren Zukunftsperspektiven für die Jugend. Sie brauchen Alternativen.

Mit den Rezepten der etablierten bürgerlichen Parteien können die Faschisten nicht besiegt werden. SPD und CDU, Grüne und FDP sind für den sozialen Niedergang von Millionen Menschen, für wachsende Kinderarmut, sinkende Einkommen und für die Bereicherung einer kleinen Minderheit direkt verantwortlich.

Die etablierten Parteien haben die Interessen der Konzerne und Banken politisch umgesetzt. Sie haben den jungen Migranten Chancen auf Bildung und Arbeit verbaut. Sie haben die Abschaffung des Asylrechtes und die Verschärfung diskriminierender Gesetze gegen Nicht-Deutsche zu verantworten. Sie haben die Bundeswehr nach Afghanistan geschickt und sind mitverantwortlich für die Verschärfung von Krieg und Terror weltweit.

Das politische Establishment und die wirtschaftlich Herrschenden freuen sich, wenn die Menschen sich über Religion und Nationalität streiten und vor lauter Angst vor der „islamischen Bedrohung“ übersehen, wie sehr Sozialleistungen, Löhne, das Bildungssystem und die Zukunft der Jugend bedroht sind. Das ist das Prinzip „teile und herrsche“.

In diesem Land gibt es tatsächlich eine Parallelgesellschaft: die Parallelgesellschaft der Kapitalbesitzer, die immer reicher werden, auf Kosten der großen Masse, die für weniger Geld mehr arbeiten soll oder ganz aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen wird.

Wenn man auf der Straße sitzt, ohne Ausbildungsplatz, ohne Zukunft, dann ist es egal, ob man an Gott oder Allah glaubt oder welche Nationalität im Pass vermerkt ist. Die sogenannten „kleinen Leute“, die Jugendlichen, Arbeitnehmer und Arbeitslosen müssen gemeinsam für ihre Interessen aufstehen, unabhängig von Herkunft und Religion.

Die soziale Krise, Massenarbeitslosigkeit, Kriegsgefahr und Rassismus werden wir überwinden können, wenn wir die kapitalistische Profitgesellschaft abschaffen und gemeinsame eine sozialistische Demokratie aufbauen, die von der Mehrheit der Menschen demokratisch kontrolliert wird.

Feine Freunde: die Bündnispartner von Biedermanni, Beisicht und Co.

Günther Kissel

Bauunternehmer und Millionär aus Solingen. Ist im Sommer 2007 der von „Pro Köln“ geführten landesweiten Truppe „Pro NRW“ beigetreten. Hat die verurteilten Holocaust-Leugner Irving und Christophersen unterstützt und selber den Holocaust eine „6-Millionen-Behauptung“ genannt. Den Nazi-Brandanschlag von Solingen 1993, bei dem 5 Menschen ermordet wurden, bezeichnete er als „Türkenbrand mit Todesfolgen“. Seine rechtsextreme Geisinnung hinderte ihn nicht daran, mit dem Bau der Moschee in Duisburg-Marxloh Geld zu verdienen.

Bart Debie

Prügel-Polizist und Politiker des rechtsextremen „Vlaams Belang“, Antwerpen/Belgien. Wurde im April 2007 zu 3 Jahren Haft wegen Körperverletzung im Amt und Fälschung von Polizeiberichten verurteilt. Die Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. An fünf seiner Opfer muss er insgesamt 7.500 Euro Schmerzensgeld zahlen. Das Zusammenschlagen von türkischen Männern auf der Polizeiwache startete Debie mit dem Ausruf: „Hier sind die Lämmer, nun beginnt das Opferfest.“ Die Männer waren festgenommen worden, als sie sich bei der Polizei beschwerten, dass Randalierer ihr Auto beschädigt hatten.



Rouhs und Debie im Kölner Rathaus

Thorsten Crämer

NPD-Funktionär, Wuppertal. Wurde wegen eines Überfalls auf das KZ-Mahnmal Kemna zu Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Posierte bei einer Kundgebung 2003 in Köln-Mülheim zusammen mit Wolter und Beisicht.



Wolter, Crämer und Beisicht auf einer Demo in Köln-Mülheim

Dr. Susanne Winter

Spitzenkandidatin der FPÖ Graz/Österreich. Nannte auf einer Wahlkampf-Veranstaltung im Januar 2008 Mohammed einen „Kinderschänder“ und warnte vor einem „islamischen Einwanderungs-Tsunami“. Es gelte den Islam „dorthin zurückzuwerfen, wo er hergekommen ist: jenseits des Mittelmeeres“. Diese Äußerungen sind ein eindeutiger Versuch, gewalttätige Auseinandersetzungen zu provozieren.



Die Kölner Rechten sind stolz auf ihre Bündnispartnerin Winter.

Axel Reitz

Wunschberuf „SA-Standartenführer“, Pulheim. Einer der Chefs der „Kameradschaften“ im Rheinland. Mehrfach wegen Volksverhetzung und Zeigens von Nazi-Symbolen vorbestraft, verbüßte eine mehrjährige Haftstrafe wegen Volksverhetzung. Auf einem Foto ist Rouhs zusammen mit Reitz bei der Durchführung einer Kundgebung in Köln-Kalk zu sehen. Nach Reitz' Angaben hatten die beiden die Veranstaltung zusammen organisiert.



Rouhs und Reitz bei einer Kundgebung an Kalk-Post.

Ulrich Klörries

Mörder, ehemaliger Kandidat der „Deutschen Liga“. Klörries, kandidierte 1994 für den „ProKöln“-Vorläufer „Deutsche Liga“ und war bis 1998 Mitglied in der Truppe. Dreimal wurde er wegen Körperverletzung verurteilt. 2005 tötete Klörries seine Mitbewohnerin. Er schlug mit den Fäusten und dem Kolben eines Luftgewehres auf ihren Kopf, schoss ihr mindestens zehnmal in den Kopf und den Körper, stach mit dem Messer zu und misshandelte die Leiche sexuell.



DL-Kandidat Klörries (unten Mitte) mit Beisicht und Rouhs.

Thomas Adolf

Der „Killer von Overath“. Adolf kandidierte 1994 für die „Deutsche Liga“. Er publizierte in einer von Rouhs herausgegebenen Zeitschrift. Er wurde als „Killer von Overath“ berühmt: mit einer Schrotflinte erschoss er im Oktober 2003 einen Anwalt, dessen Frau und Tochter.



Andreas Akwara

Ehemaliger „Pro NRW-Funktionär“, Duisburg. Er bedrohte den Stadtanzeiger-Journalisten Detlef Schmalenberg und den Betreiber des Blogs „biedermanni verliert“: „Wer weiß, vielleicht bringt das Schicksal uns (...) einmal zueinander. Dann aber baumeln Sie am Strick!“

Von manchen dieser Mitstreiter distanziert sich „Pro Köln“ heute. Doch den wichtigen Bündnispartnern von FPÖ, Vlaams Belang und dem Finanzier Kissel hält man die Stange.

Als Sozialist im Kölner Stadtrat

Claus Ludwig wurde 2004 als Spitzenkandidat des linken Bündnisses „Gemeinsam gegen Sozialraub – GgS“ in den Rat der Stadt Köln gewählt. Er ist Mitglied der Sozialistischen Alternative (SAV) und der Partei DIE LINKE. und ist stellvertretender Vorsitzender der linken Ratsfraktion. Claus Ludwig ist 41 Jahre, arbeitet als Informatiker und lebt in Köln-Kalk:



„Anders als die Politiker der etablierten Parteien beziehe ich Stellung gegen Sozial- und Lohnraub und Privatisierung sowie gegen alle Spielarten von Rassismus und Diskriminierung.

In Anträgen und Reden habe ich Aufklärung über die Machenschaften des Oppenheim-Esch-Immobilienfonds verlangt. Ich habe die Abschaffung von 1-Euro-Jobs und die Einrichtung von tariflich bezahlten Arbeits- und Ausbildungsplätzen bei der Stadt beantragt und gefordert, die Konzerne und Banken durch eine höhere Gewerbesteuer zur Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen heranzuziehen.

Ich kämpfe gegen die ‚Stadtentwicklung‘ für den Profit Weniger – der Abriss des Barmer Viertels, der U-Bahn-Bau und der Godorfer Hafen sind zerstörerische Projekte. Städtische Gelder müssen für Investitionen in Bildung, Gesundheit, Verkehr, Umweltschutz und Arbeitsplätze verwendet werden.

Als Gründungsmitglied der Initiative ‚Bäder für Alle‘ beteilige ich mich am Kampf für den Erhalt des Schwimmbades in Nippes und der Bäder in Weiden und Rodenkirchen. Durch unsere Proteste in den Stadtteilen konnten wir erreichen, dass der Schließungsbeschluss zurückgenommen werden musste.

Ich unterstütze Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne einsetzen, z.B. die streikenden Lokführer der GDL.

Auf der Straße und bei Ratssitzungen trete ich der rassistischen Propaganda von ‚ProKöln‘ und anderen Faschisten entgegen. Diese können nicht ignoriert oder ‚totgeschwiegen‘, sondern müssen aktiv bekämpft werden.

Als Sozialist lehne ich jede Form von Privilegien für Politiker ab. Die monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 400 Euro spende ich an unser Bündnis.

Allein über die Parlamente werden wir keine grundlegenden sozialen Veränderungen durchsetzen. Die Verhältnisse können

wir nur ändern, wenn Arbeitslose und Arbeitnehmer, Jugendliche und kleine Rentner selbst aktiv werden gegen Klüngel, Korruption und Kürzungen, gegen die Umverteilung zu Gunsten der Reichen. Unsere Politik von unten findet vor allem auf der Straße statt, in den Veedeln und Betrieben. Ich beteilige mich aktiv an Demonstrationen, Protesten und Streiks und helfe mit, Widerstand zu organisieren und den Etablierten auf die Füße zu treten.

Wir brauchen eine andere Gesellschaft – der Kapitalismus bietet uns keine Zukunft mehr. Selbst während des Aufschwungs werden überwiegend Billigjobs geschaffen und die nächste Krise kommt bestimmt.

Daher setze ich mich für eine sozialistische Demokratie ein. Unter Sozialismus verstehe ich eine Gesellschaft, die von unten nach oben demokratisch organisiert ist, in der die arbeitenden Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, in der nicht für den Profit weniger sondern für die Bedürfnisse der Bevölkerung produziert wird. In der DDR und Osteuropa ist eine bürokratische Diktatur gescheitert, welche unberechtigterweise sozialistisch genannt wurde.“

Kontakt & Infos

Wenn Sie Probleme z.B. mit der Arbeitsagentur haben, wenn sie sich gegen städtische Kürzungen wehren wollen und Unterstützung brauchen, können Sie sich an das Büro von Ratsmitglied Ludwig und „Gemeinsam gegen Sozialraub – GgS“ oder an das Fraktions-Büro DIE LINKE.KÖLN wenden.

GgS-Büro: das Büro befindet sich in Köln-Kalk, in der Steprathstr. 11 (U-Bahn Kalk-Kapelle). Schauen Sie einfach mal vorbei oder rufen Sie an. E-Mail: info@gemeinsam-gegen-sozialraub.de.

Fraktionsbüro: Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 1-3, 50667 Köln, Tel. 0221/221-2784-0, Fax 0221/221-2784-1, E-Mail: dielinke.koeln@stadt-koeln.de.

Claus Ludwig, Mitglied im Rat der Stadt Köln
FRAKTION DIE LINKE./GEMEINSAM GEGEN SOZIALRAUB

DIE LINKE.KÖLN

Büro MdR Ludwig
Steprathstr. 11, 51103 Köln
E-Mail: claus.ludwig@gmail.com

Internet:
www.gemeinsam-gegen-sozialraub.de
www.die-linke-koeln.de
www.sozialismus.info